Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 148 — Freitag, den 23. September 1927 — 45. Jahrgang

Der Senat bis zum 22. Oktober vertagt

Die Regierung gegen die Eröffnung — Vor einem Protest des Senatsmarschalls

Warschau. Während der Tagung des Seniorenkonvents des Senats am Mittwoch Mittag erschien ein Offizier im Parlamentsgebäude und überbrachte dem Senatsmarschall ein Handschreiben des Vizepremiers Bartel, sowie das Dekret des Staatspräsidenten, in welchem mitgeteilt wird, daß der Senat auf 30 Tage vertagt wird. Man hat einen solchen Schritt erwartet und war darum nicht überrascht. Demnach kann der Senat, der für Donnerstag, den 22. September, einberufen war, seine Tagung nicht beginnen. Der Senatsmarschall Trompczynski sprach sich dahin aus, daß die Regierung entgegen der Konstitution den Senat an seinen Arbeiten hindere und daß der Senat am Donnerstag einen Protest an die Regierung richten wird. Man spricht in politischen Kreisen, daß der Senat die Maßnahmen der Regierung nicht fürchtet und seinerseits entscheidende Schritte unternehmen wird. Welcher Art sie sein werden, war bis in die späten Nachtstunden nicht zu ermitteln. Man weiß, daß der den Rechtskreisen angehörende Senatsmarschall eine streitbare Natur ist und glaubt, daß er eine Tagung des Senats wird durchführen wollen, um wenigstens die Dekrete des Staatspräsidenten und das Schreiben des Vizepremiers zur Verlesung zu bringen. Ob die Regierung es zu dieser Tagung kommen lassen wird, steht noch aus. Es muß darauf verwiesen werden, daß der Vizepremier vor der Einberufung mit dem Senatsmarschall Konferenzen abhielt und bestimmte Versprechen gab. Es waren Gerüchte verbreitet, wonach der Vizepremier Bartel sich nach der Rückkehr Pilsudskis mit diesem in Verbindung setzen wollte und dann dem Senatsmarschall nähere Mitteilungen zukommen lassen sollte. Nach einer Rückfrage bei Bartel wurde Trompczynski die Antwort zuteil, daß er ihm nichts zu sagen habe, da inzwischen die Entscheidung getroffen sei. Man wird diesen Ausgang des Konflikts abwarten müssen. Es scheint, daß der Senatsmarschall doch die Möglichkeit sucht, mit der Regierung einen Ausgleich zu schaffen.

Die Resolution Bernstorffs u. Boncours

Die neuen Anträge zur Abrüstung

Genf. Das Redaktionskomitee der Abrüstungskonferenz hat gemeinsam mit dem zur Zusammenfassung der Anträge des Grafen Bernstorff und Paul Boncours eingesetzten 14gliedrigen Ausschuß einstimmig den Zusammenfassenden Resolutionsentwurf angenommen. Der neue Entwurf übernimmt die Präambel Paul Boncours und enthält folgende drei Empfehlungen:

1. Progressive Entwickelung der Schiedsgerichtsbarkeit durch den Abschluß von Einzel- oder Kollektivabkommen, und zwar zwischen Mitgliedsstaaten und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes zu dem Zweck, das gegenseitige Vertrauen zu sichern, das für den endgültigen Erfolg der Abrüstungskonferenz unerläßlich ist.

2. Die Vollversammlung weist auf den Beschluß der Völkerbundsversammlung vom 24. September 1926 hin, in dem die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz gefordert war und bittet den Völkerbundsrat die Einberufung der Abrüstungskonferenz in kürzester Frist herbeizuführen.

3. Die Völkerbundsversammlung fordert den Rat auf, der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, deren Aufgabe sich nicht auf die Vorbereitung einer ersten Abrüstungskonferenz beschränkt und deren Arbeiten bis zur Erreichung des endgültigen Zieles durchgeführt werden sollen, die notwendigen Anweisungen zur Bildung eines Komitees aus Vertretern aller Wehrstaaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, und an der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, zugeben. Dieses Komitee soll die Aufgabe haben, nach Anweisungen der vorbereitenden Abrüstungskommission die Mittel zu prüfen, die erforderlich sind, um allen Staaten die Garantie der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit zu geben, die notwendig sind, um den Grad der Abrüstung in möglichst niedrigen Ziffern in den künftigen internationalen Abrüstugsabkommen einsetzen zu können.

Nach der Resolution werden folgende Maßnahmen zur sofortigen Ergreifung empfohlen:

1. Eine Aktion des Völkerbundes, Einzel- und Kollektiv-Schieds- und Sicherheitsverträge herbeizuführen, zu generalisieren und aneinanderzupassen.

2. Systematische Vorbereitungen für die Verwendung des Völkerbundsorganes, um den Völkerbundsmitgliedern die Durchführung der Verpflichtungen aus den einzelnen Bestimmungen des Völkerbundspaktes zu ermöglichen.

3. Vereinbarungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die ohne Präjudizierung der allgemeinen Verpflichtungen des Völkerbundspaktes mit dem Ziel abgeschlossen werden sollen, die gegenseitigen Verpflichtungen den geographischen und sonstigen Beziehungen zwischen den Staaten anzupassen, ferner eine Aufforderung des Völkerbundsrates an die Staaten zur Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für die Unterstützung der Entscheidungen des Rates, im Falle eines Konfliktes in einer bestimmten Gegend. Jeder Staat soll angeben, in welchem Umfang er seine Streitkräfte in einem solchen Fall zur Verfügung stellen will.

Amerikanischer Protest gegen Japan

Peking. In Pekinger diplomatischen Kreisen rechnet man mit einem Protest der amerikanischen Regierung gegen die japanischen Annektionspläne in der Mandschurei. Wie verlautet, wird der heute in Peking eintreffende Chef des amerikanischen Ostasiengeschwaders, Admiral Bristol, bei Tschangtsolin energische Vorstellungen erheben. Die hiesigen amerikanischen Firmen sind angesichts der drohenden japanisch-amerikanischen Differenzen sehr beunruhigt, fordern jedoch von der amerikanischen Regierung energisches Vorgehen.

Die amerikanische Zollnote in Paris überreicht

Paris. Die Note der Vereinigten Staaten auf den französischen Vorschlag wegen der Zolltarife auf amerikanische Waren an Frankreich gerichtet haben, wurde heute am Quai d'Orsay durch den amerikanischen Geschäftsträger in Paris überreicht. Da die Note noch nicht übersetzt ist, enthalten sich die offiziellen Stellen auch jeglichen Kommentars.

Die Enttäuschung der hauptstädtischen Presse über den Inhalt der Note, soweit er durch Havas bekannt geworden ist, ist allgemein. Einen besonders scharfen Ton schlägt das „Journal“ an. Das Blatt beklagt sich besonders darüber, daß Frankreich mit unmittelbaren wirtschaftlichen Repressalien bedroht werde, während in Paris, so fährt das Blatt fort, das Oberhaupt des Staates, die Minister und die Menge begeistert der amerikanischen Legion zujubelten, beginnen in Washington die Beamten des Handelsdepartements, gegen Frankreich einen Handelskrieg. Das Blatt bezweifelt, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen eine rasche Verständigung erzielt werden könne, da die französische Gesetzgebung für jedes Zugeständnis in Zollfragen Gegenseitigkeit verlange. Das „Journal“ ermahnt die französischen Unterhändler, nicht ein weiteres Mal zu vergessen, daß Amerika Gefühlsmomente nicht mit geschäftlichen Fragen verquicke.

Aus einer Aufstellung über den gegenseitigen Warenaustausch im Jahre 1926 geht hervor, daß Frankreich für 2736 Millionen Franken amerikanische Waren eingeführt hat, während die französische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur 1710 Millionen betrug.

Carol ficht das Testament an

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Bukarest läßt der ehemalige Kronprinz Carol das Testament seines Vaters anfechten. Er fordert, daß die Hinterlassenschaftsbehörde die Abrechnung der Königlichen Vermögensverwaltung überprüfen lasse, weil in den letzten zwei Jahren das Königliche Vermögen durch Betrügereien gebrandschatzt worden sei.

Für den Status quo an der Ostsee

Riga. Der vorgestern abend aus Genf heimgekehrte Außenminister Zeelens erklärte in einem Interview, daß er keineswegs eine Neutralisation der baltischen Staaten plane, sondern einen internationalen Garantiepakt, der den status quo an der Ostsee gewährleiste. Ferner bestritt er die in Genf verbreitete Nachricht, daß am 19. November in Riga eine Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten zusammentreten werde.

Einberufung des Memellandtages

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Kowno berichten, soll nach einer Meldung der Litauischen Telegraphen-Agentur der Memelländische Landtag auf den 5. Oktober einberufen werden.

Der verbotene Krieg

Sicherheit und Abrüstung.

„Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten. Alle friedlichen Mittel sollen angewendet werden zur Regelung der zwischen Staaten entstehenden Streitigkeiten, welcher Natur dieselben auch sein mögen. Die Versammlung erklärt, daß für die Mitgliedstaaten die Verpflichtung besteht, diese zwei Prinzipien zu beobachten.“ So lautet der dreimal abgeänderte polnische Antrag, der nunmehr in dieser von den Großmächten gutgeheißenen Fassung in einem Ausschuß der Völkerbundversammlung verhandelt wird. Und darum eine Woche lang Aufregung! Um diese nichtssagende Formel ging der Kampf hinter den Kulissen, drehten sich die Reden in der Vollversammlung. Wahrhaftig, viel Geschrei und wenig Wolle!

In der Tat, zwei Wochen der Völkerbundstagung sind vorüber, die Generaldebatte ist abgeschlossen, der neue Völkerbundsrat gewählt, aber der Eindruck, das Ergebnis ist mehr als dürftig. Es ist wahr, der Völkerbund ist in einer weltpolitischen Lage zusammengetreten, die seiner Arbeit die ungünstigsten Vorzeichen stellte. Immerhin gab es zu Beginn der Tagung so etwas wie eine Ueberraschung: der Vorstoß der kleinen Staaten gegen die Vorherrschaft der Großmächte warf die Frage auf, ob es mit den jetzigen Methoden überhaupt weitergehe. Ein frischer Zug der Auflehnung gegen den schleichenden Druck der alten Diplomatie schien durch den Völkerbundsaal zu wehen. Aber es war nur Strohfeuer, das er anfachte, und nachdem die Fluten der Beredsamkeit, das Oel der Staatskunst auf die Wogen getan wurden, ist alles wieder beruhigt, der Ansturm der kleinen Staaten ist abgewiesen, die Schicksalsfrage des Völkerbundes vertagt und die „gefährlichen“ Anträge sind in die Kommissionen verwiesen. Dort wird es noch ein paar kleine Krisen geben, aber am Ende wird alles gut sein, der Völkerbund wird feierlich erklären, daß der Krieg verboten sei, ja, daß er das schon längst erklärt habe — und geschehen wird nichts.

Allerdings, auch Reden sind, wenn nicht Taten, so doch Tatsachen. Gewiß ist es ein großer, ein nicht zu verkleinernder Fortschritt, daß die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands und Frankreichs vor einer internationalen Körperschaft einander auf der Tribüne folgen, daß die Stimme Hollands oder Norwegens vor der versammelten Gesellschaft der Nationen die Anklage gegen die Großmächte erheben kann: wogegen vor dem Kriege diese „europäischen Gespräche“ nur in geheimen Noten und höchstens durch offizielle Reden in jedem einzelnen Lande geführt werden konnten, worauf dann mit allen Hemmungen der diplomatischen Etikette indirekte Antwort von jenseits der Grenze kam. Aber so groß der Vorteil ist, den das diplomatische Verfahren in Genf an Mündigkeit und Unmittelbarkeit gewonnen hat, so bedeutsam die Tatsache ist, daß solche Reden gehalten werden — was haben die Redner gesagt? — Außer der Ankündigung, daß Deutschland als erste Großmacht die Haager Schiedsgerichtsklausel unterzeichnen, das heißt die bindende Verpflichtung eingehen wolle, bestimmte internationale Rechtsstreite dem internationalen Gericht zu unterbreiten, enthielt die Rede Stresemanns herzlich wenig. Und Briand? Eine wahre Brandrede der Verständigung, ein Feuerwerk des Friedens: aber selbst die wohlwollendsten Zuhörer empfanden, daß er ihnen nichts zu bieten hatte als ein wenig guten Willen und sehr viel schöne Worte.

Jede denkbare Aktion des Völkerbundes aber scheitert gegenwärtig an zwei Tatsachen. Die eine ist — wie sich gerade an den Streit um den polnischen Antrag gezeigt hat — der Umstand, daß die meisten der hochtönend verkündeten Prinzipien in Wahrheit politische Spekulationen decken: der Grundsatz ist nur der Vorwand der Intrige. Polens Antrag enthielt ursprünglich die Aufforderung, die der Völkerbund an alle Staaten richten sollte, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen: in dieser feingesponnenen Form, deren eigentlicher Sinn dem unbefangenen Auge völlig verborgen bleibt, wollte Polen eine verstärkte Sicherung seiner Grenze gegen Deutschland erlangen. Das aber will wieder Deutschland nicht; so kleidet es seine Ablehnung in lauter Grundsätze! Keine weiteren Verträge, kein allgemeiner Sicherheitspakt — jeder Schritt, der über den bestehenden Zustand hinausführen könnte, ist überflüssig, nur gerade die leere Deklamation ist annehmbar.

Der zweite und augenblicklich entscheidendere Grund aber ist, daß der stärkste europäische Staat, der durch das Fernbleiben Amerikas und Rußlands überhaupt die stärkste Macht im Völkerbund ist, England, eine ausgesprochen völkerbundfeindliche Politik betreibt. Ausgesprochen — ja, Chamberlain hat es ausgesprochen! Dieser steifleinenste aller Staatsmänner, dieser dummköpfigste aller Diplomaten, die je bewiesen haben, mit wie wenig Verstand ein großes Weltreich regiert wird; er stand vor der Versammlung in Genf als der wahre, allerdings als der reuelose Angeklagte. Er verteidigte sich gegen alle An-

klagen, die in der letzten Zeit gegen den Völkerbund erhoben worden waren: alle diese Anklagen gegen einen Apparat, der nicht funktioniert, gegen ein System, das in der Gemeinschaft der Nationen die Demokratie durch die Diktatur der Großmächte ersetzt, gegen ein Gerede vom Frieden, hinter dem keine Taten stehen, gegen eine internationale Organisation, die in allen wichtigen internationalen Angelegenheiten jedem Handeln ausweicht: all das nahm Chamberlain mit Recht als Kritik an der Völkerbundspolitik, nein, an der Sabotage des Völkerbundes durch die konservative englische Regierung auf. Diese Sabotage — ein englischer Minister selbst, Lord Cecil, hat sie erst jüngst anklagend vor der Welt enthüllt; und jedes Wort, das Chamberlain sagte, war gegen den ehemaligen Kollegen gerichtet, der ihm diese moralische Niederlage zugefügt hat. Vorwürfe? In nüchtern-erregten Worten wies Chamberlain dem Völkerbund seine Grenzen. Im Völkerbund seien zu viel Diplomaten? Chamberlain preist den Wert der Diplomatie. Im Völkerbund diktieren die Großmächte? Aber jede Gruppe hat das Recht, ihre Sonderbesprechungen abzuhalten. Völkerbund überhaupt? O ja, gewiß; aber „nicht einmal für den Völkerbund würde ich jenen älteren und kleineren Völkerbund zerstören, den das britische Weltreich darstellt". Abrüstung? Ganz recht; aber bitte ohne die britische Flotte. Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit? Sehr schön, aber England kann keine Verpflichtungen mehr übernehmen. Erweiterung von Locarno? Warum nicht! Aber England kann keine weitere Garantie für solche Verträge gewähren. Allgemeiner Sicherheitspakt? „Dem praktischen Sinne der Engländer liegen gewisse Diskussionen, die mehr theoretischen Wert besitzen, fern..."

Der englische Standpunkt wurde mit brutaler Deutlichkeit noch einmal von Lord Onslow in der Abrüstungskommission wiederholt. Der Kern seiner herausfordernden Verneinung war: Abrüstung in Gottes Namen, aber auf keinen Fall Rückkehr zum Genfer Protokoll. England könne schon aus Rücksicht auf die Abneigung der Dominions den Verpflichtungen, die es in Locarno übernommen hat — das ist, der Garantie der deutsch-französischen Grenze —, kein Tüpfelchen hinzufügen. Jede Neubelebung des Genfer Protokolls, ja jede Diskussion über seine Grundsätze, sei daher nutzlos und gefährlich, da sie nur die Gegensätze aufs neue enthüllen müsse. England hat also eine konsequente Politik gegen den Völkerbund; sie läßt sich etwa auf die Formel bringen: Abrüstung, aber vor allem keinen Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit.

Auf der andern Seite ist Frankreich die einzige Großmacht, die so etwas wie eine systematische Politik mit dem Völkerbund hat; keine uneigennützige natürlich, sondern eine Politik der Berechnung, daß ein möglichst ausgestaltetes Netz von Sicherheitsverträgen, Nichtangriffspakten und garantierten Grenzen in allen Teilen Europas zur Stütze des gegenwärtigen Staatensystems wird, das Frankreich durch die Friedensverträge geschaffen hat und über das es nun eifersüchtig wacht, weil es darin die einzige Möglichkeit erblickt, die politische und vor allem die militärische Vorherrschaft des verhältnismäßig bevölkerungsschwachen Frankreich zu erhalten: jeder Schiedsgerichtsvertrag, der das Bestehende sichert, die Abänderung der Grenzen erschwert, gereicht dem gegenwärtig Mächtigen zum Vorteil. Darum ist Frankreichs politischer Vorbehalt in Genf dem englischen gerade entgegengesetzt: Frankreich behauptet, die Abrüstung sei unmöglich, solange die Sicherungen in Europa nicht durch den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit verstärkt seien. Abrüstung durch Sicherheit ist die Formel, die der französische Antrag, den Paul Boncour soeben in der Abrüstungskommission eingebracht hat, durch eine Wiederbelebung des Genfer Protokolls zu verwirklichen strebt.

Dagegen wendet wieder Deutschland, nicht ohne Berechtigung, ein: heute sagt ihr: durch Sicherheit zur Abrüstung. Aber im Jahre 1919 hat selbst Clemenceau (im Begleitschreiben zu den endgültigen Friedensbedingungen von Versailles) umgekehrt gesagt: durch die Abrüstung Deutschlands sei die Sicherheit gegeben, die es auch den andern Mächten erlaube, abzurüsten. Und erklärt nicht der Friedensvertrag, der Völkerbundpakt selbst die Abrüstung Deutschlands als die Voraussetzung, aus der die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung entspringt? Heute die Sicherheit zur Voraussetzung der Abrüstung zu machen, heißt sie zum Vorwand nehmen, um nicht abzurüsten.

So stehen einander in den Beratungen in Genf „Abrüstung durch Sicherheit" und „Sicherheit durch Abrüstung" gegenüber. Sicher ist dabei nur, daß nicht abgerüstet wird, daß die Abrüstung als Voraussetzung des Friedens völlig in der Sackgasse steckt. Frankreich will nicht abrüsten ohne eine Verstärkung des Vertragsnetzes; England will nicht abrüsten, aber auch keine weiteren Verträge auf sich nehmen. Beide aber erklären einmütig: der Angriffskrieg ist und bleibt verboten. Das ist der Völkerbund, solange die Briand und Chamberlain und Stresemann in ihm das große Wort führen. Das ist der Völkerbund, wie er sich neun Jahre nach dem Weltkrieg der Welt vorstellt. Wahrhaftig, über dem Sitzungssaal in Genf sollten die goldenen Worte stehen: Der Krieg ist verboten, das Rüsten ist erlaubt!

Rußland gibt im Rakowski-Konflikt nach

Kowno. Wie aus Moskau von zuverlässiger Seite gemeldet wird, soll die Sowjetregierung nunmehr endgültig beschlossen haben, in der Angelegenheit Rakowski nachzugeben. Rakowski soll, wie verlautet, sein Abschiedsgesuch noch bis zum nächsten Sonnabend einreichen. Die Abberufung Rakowskis wäre zweifellos ein schwerer Schlag für die russische Außenpolitik, der umso empfindlicher ist, als die französische Regierung die Ernennung eines neuen Botschafters für Paris von einer Regelung der Schuldenfrage abhängig macht.

Herbette wieder in Moskau

Paris. Wie der „Matin" zu berichten weiß, hat der französische Botschafter Herbette auf Grund der Ergebnisse des Pariser Ministerrates vom Sonnabend der Sowjetregierung mitgeteilt, daß Frankreich geneigt sei, über den russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zu verhandeln. Allerdings müsse der Boden für ein politisches Abkommen vorher durch Tschitscherin geebnet werden. Dazu gehöre vor allen Dingen die Wegräumung von drei Haupthindernissen. Rakowski, der von der Mehrheit der französischen Oeffentlichkeit als diskreditiert betrachtet wird, müsse abberufen werden. Ferner müsse Tschitscherin seine Auslandsvertreter und auch die Agenten der dritten Internationale anweisen, sich jeder weiteren Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu enthalten, und schließlich müsse Tschitscherin endgültig Vorschläge zur Beseitigung der Schuldenfrage machen.

De Jouvenel an Lord Cecil

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Zürich melden, richtet Henry de Jouvenel in der „Neuen Zürcher Zeitung" einen offenen Brief an Lord Cecil, in dem er ihm seine Anerkennung dafür ausspricht, daß er durch seinen Rücktritt aus dem Völkerbund seine Landsleute mutig daran erinnerte, daß die Verwerfung des Vertrages über die gegenseitige Hilfeleistung, das Scheitern des Genfer Protokolls und das der Seeabrüstungskonferenz zum großen Teil der britischen zuzuschreiben sei. „Wenn jeder von uns," sagt Jouvenel weiter, „in seinem Lande die Männer von schwachem Glauben, die den Völkerbund nur mit den Lippen bekennen, ebenso rückhaltlos entlarvt, so wird das Problem erst seine wahre Gestalt annehmen als eine Frage zwischen den Regierungen und der öffentlichen Meinung ihrer Länder. Die meisten Völker hoffen auf den Völkerbund, und die meisten Regierungen mißtrauen ihm. Aber kein anderer Staatsmann, außer den faschistischen Ministern, wagt offen, die Grundsätze des Völkerbundes zu verleugnen. Wenn aber ein Minister von der Rednertribüne herabsteigt, so findet er seine zivilen und militärischen Büros wieder, die ihre alten Gewohnheiten unverändert beibehalten haben und die allmählich ihre frühere Machtstellung zurückerobern. Es bestehe die Gefahr, daß diese Büros den Völkerbund in ihre Abhängigkeit bringen würden. Die am besten gerüsteten, die mächtigsten Büros seien aber die britischen. Gegen diese internationale Kriegsorganisation, sagt Jouvenel, haben Sie sich im Namen der internationalen Organisation des Friedens aufgelehnt. Damit haben Sie nicht nur dazu beigetragen, die Krisen des Völkerbundes vor der Welt darzulegen, sondern sie auch zu lösen. Wenn es Ihnen gelingt, England ohne Zurückhaltung und ohne Hintergedanken der Sache des Völkerbundes zu gewinnen, so ist dieser gerettet."

Neuer amerikanischer Mexiko-Botschafter

Neuyork. Präsident Coolidge hat Dwight W. Morrow, einen Neuyorker Bankier und Geschäftsteilhaber des Bankhauses Morgan u. Co., zum Botschafter für Mexiko an Stelle des zurückgetretenen Botschafters Sheffield ernannt. Morrow ist ein persönlicher Freund Coolidges und war früher Anwalt in Neuyork. Er hat bereits seine Teilhaberschaft mit dem Bankhaus Morgan gelöst.

Zwei Minuten nach dem Bekanntwerden der Ernennung Morrows zum neuen amerikanischen Botschafter in Mexiko setzte an der Neuyorker Börse eine lebhafte Hausse für alle mexikanischen Anleihen ein. Die Geschäftswelt erwartet von Morrows Ernennung die Einleitung sachlicher, von wirtschaftlichen und nicht von politischen Gesichtspunkten diktierter Politik, und reagiert deswegen auf die Nachricht äußerst günstig. Weniger optimistisch wird die Ernennung im politischen Lager Washingtons aufgefaßt. Progressive Parlamentarier bezeichnen die Ernennung als einen geschickten Schachzug Wallstreets, und befürchten, daß das Staatsdepartement sich jetzt noch mehr als bisher in seiner Mexikopolitik von Finanz- und Oelinteressen leiten lassen wird. Morrows Bestätigung durch den Senat dürfte deswegen Schwierigkeiten machen. Daß Morrow sehr lange auf dem Posten in Mexiko ausharren wird, glaubt niemand. Es war seit langem bekannt, daß Morrow ein öffentliches Amt wünschte. Man nimmt allgemein an, daß Morrow nach kürzerer Amtszeit in Mexiko baldigst ins Kabinett berufen wird, wahrscheinlich als Nachfolger Mellons für das Schatzamt.

Cosgrave bleibt im Amt

London. Wie aus Dublin berichtet wird, hat sich Präsident Cosgrave auf Grund der Ergebnisse der Neuwahlen zum irischen Landtag entschlossen, das Amt des Präsidenten des Freistaates weiter zu behalten.

Kommunisten gegen Legionäre

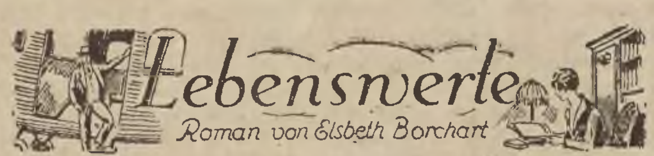
Paris. Der Aufmarsch der amerikanischen Legionäre und die Festlichkeiten sind unter starker Beteiligung der Pariser Bevölkerung ohne Zwischenfall verlaufen. Auch die von den Kommunisten in der Pariser Vorstadt Clichy veranstaltete Gegenkundgebung verlief verhältnismäßig ruhig. Etwa 15 000 Kommunisten defilierten in militärischen Formationen, zum Teil in Khaki gekleidet, vor den aufgestellten Bildern Saccos und Vanzettis vorüber. Zwei kleinere Zwischenfälle sind bekannt geworden. An einer Stelle wurde ein Revolverschuß auf ein Geschäftslokal abgegeben, dessen Inhaber die amerikanische Flagge gehißt hatte. Gegen Abend versuchten Demonstranten, an einer anderen Stelle eine amerikanische Fahne von einem Fenster herunterzuholen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Festnahmen sind nicht vorgenommen worden.

Heftige Kämpfe in Nicaragua

New York. Nach Washingtoner Meldungen kam es bei Telpaneca in Nicaragua zu heftigen Kämpfen zwischen amerikanischen und nicaraguanischen Truppen. Auf amerikanischer Seite gab es einen Toten, während die Nicaraguaner 20 Tote und 40 Verwundete zu beklagen hatten.

Telegraphie im Altertum.

Das Nachrichtenwesen und in Sonderheit die Telegraphie war im Altertum verhältnismäßig hoch entwickelt und wurde den Bedürfnissen ihrer Zeit durchaus gerecht, obwohl natürlich ihr technischer Charakter völlig anders geartet war wie der des modernen Telegraphen. Schon der griechische Dichter Aeschylos berichtet in seinem „Agamemnon" von einem im persischen Reich verbreiteten Feuertelegraphen, der den Fall von Troja von Insel zu Insel bis nach Argos meldete. Ein großer Fortschritt war dann der um 450 v. Chr. von Kleoxenos und Demoklitos, zwei griechischen Technikern, erfundene optische Buchstabentelegraph, dessen sich die gesamte antike Kulturwelt Jahrhunderte hindurch bediente und der im römischen Kriegswesen seinen größten Triumph feierte. Dieses System war so aufgebaut, daß das Alphabet auf fünf Tafeln aufgeschrieben wurde, so daß jede Tafel fünf Buchstaben enthielt. Durch Fackelzeiger wurde zuerst die Tafel und dann der Buchstabe gekennzeichnet. Einen anderen, einen optisch-hydraulischen Telegraphen beschreibt um 360 v. Chr. Aeneos, der Taktiker. Hier wurden an den beiden zu verbindenden Stationen gleich große, mit Ablaßhähnen versehene Wassergefäße aufgestellt. Nach den Signalen einer Fackel öffnete und schloß man die Hähne, wobei der Wasserspiegel bis zu einer bestimmten Marke gesenkt wurde. Aus dieser Marke konnte man eine bestimmte Nachricht die übermittelt werden sollte, erkennen. Doch dürfte diese Art Telegraphie niemals eine allzu große Bedeutung gehabt haben, da hier nur eine stereotype Nachrichtenübermittlung möglich war und außerdem weite Entfernungen infolge des viel zu empfindlichen Rohrsystems schwer zu überbrücken waren.



9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das sagst du so gleichgültig — — als ob dir an dem Erfolge nichts gelegen wäre?"

„Auf Erfolg konnte ich nicht rechnen, das wäre auch das wenigste."

„Was sonst?" Sie sah ihn jetzt besorgt an. In seinen männlich schönen Zügen zuckte es eigentümlich.

„Ist es wieder zu einem Bruch zwischen euch gekommen?" fragte sie ängstlich.

„Wenn auch nicht das gerade — aber etwas schwül war die Sitzung. Ich sage dir, gezittert hat alles in mir, und ich mußte mir Gewalt antun, um nicht zu vergessen, wen ich vor mir hatte. — — Doch nun ist das Aufrührerische niedergezwungen — —" er lachte — — „ich bin wieder ein normaler Mensch. Komm, Schwesterchen, laß uns zum Walde gehen."

Hilde legte die Hand auf seinen Arm und ging mit ihm weiter.

„Wie ich dich beneide," flüsterte sie.

„Um was, Kind?"

„Um deine Sicherheit und Gelassenheit. Wenn ich nur halb so weit wäre! Ich sehne mich nach Freiheit des Geistes und lasse mich schon durch geringfügige Umstände niederdrücken, durch inneren und äußeren Zwiespalt leiten."

„Hm — — um die Freiheit des Geistes ist es ein eigen Ding. Ich glaube, man muß sie sich täglich, ja stündlich neu erobern."

„Wenn man die Kraft dazu hat. Ich habe sie nicht. Ich bin eingeengt in die Verhältnisse, und das lähmt mir die Schwingen."

Hans Werner schwieg, obgleich er wußte, wo sie hinaus wollte.

„Hans Werner," rief Hilde nach einer Pause.

„Hilde?"

„Ich möchte dich etwas fragen."

„Bitte."

„Welchen — welchen Eindruck hattest du gestern von ihm?"

Er verstand ihre schüchterne Frage sofort.

„Einen recht guten, Hilde," erwiderte er.

„Also doch!"

„Zweifeltest du daran?"

„Im Gegenteil. Er besticht ja alle."

Wieder eine Pause.

„Du — — hast du bemerkt, daß er mir nachging?"

„Ja."

„Warum hast du ihn nicht zurückgehalten?"

„Wie durfte ich!"

„O Gott — — hättest du es getan, dann wäre es nicht geschehen!" Die Tränen, die in ihren Augen gestanden hatten, stürzten jetzt hervor. Sie bedeckte ihr Gesicht mit beiden Händen.

„Was ist geschehen?" fragte er betroffen.

„Er — — er ist mir in den Park nachgegangen — hat mich, die Wehrlose, festgehalten und — — geküßt." Die Scham verschlug ihr die Stimme.

Er sah sie verdutzt an:

„Aber Hilde, das ist doch — —"

„Brutal war es," fiel sie bebend ein, „demütigend, entwürdigend!"

„Warum sprichst du nicht?" fragte sie nach einigen Minuten des Schweigens.

„Was soll ich dir sagen? Ich habe mir schon genug Vorwürfe gemacht, dich durch unser gestriges Gespräch in Zwiespalt mir dir selbst gebracht zu haben."

„Du? — Nein, der Zwiespalt war schon da, ehe du kamst. Der gestrige Auftritt hat ihn nur verstärkt."

„Deine Auffassung von der Sachlage spricht dafür, doch will ich dich in keinem Falle beeinflussen, du könntest mir so oder so später Vorwürfe machen. Damit mußt du dich allein abzufinden suchen."

„Allein — freilich — ich werde es auch überwinden. Vielleicht bin ich nur allzu empfindlich und urteile zu schroff. Er hat es sicherlich nicht böse gemeint, ich habe es ihm auch schon vergeben — nur — es ist ein neuer Beweis — doch wozu noch darüber reden? Es gibt kein Zurück mehr, sondern für mich heißt es: Hübsch im alten ausgetretenen Geleise weiter wandern, und sollte es auch durch endlose Wüste gehen."

Ihre verzweifelte Ergebung erschreckte ihn.

„Gibt es denn keinen anderen Ausweg, Hilde?" fragte er.

„O, ja — —" sie lächelte eigentümlich. „Neulich las ich in der Zeitung von einem Mädchen, das, um dem ungeliebten Manne nicht angehören zu müssen, und dem Skandal einer Entlobung zu entgehen — den Tod suchte."

„Hilde!"

„Sei ruhig — ich verurteile dieses Feigesichentziehen — ich nehme das Joch lieber auf mich."

„Um kleinlicher Rücksichten, um der Furcht vor den möglichen unangenehmen Folgen willen?" fragte er eindringlich. „Gilt dir dein Lebensglück nicht mehr?"

Sie seufzte schwer auf.

Er nahm ihre Hand, die trotz des heißen Sommerwetters eiskalt war.

„Hilde, versprich mir wenigstens, dich noch einmal zu prüfen — ehe es — zu spät ist."

Sie zuckte zusammen und nickte darauf mechanisch. Mit gesenktem Kopf ging sie neben dem Bruder auf dem weichen Waldboden her und dachte nur immer das eine: Was soll ich tun, was soll daraus werden?

Hans Werner suchte sie abzulenken; er sprach ihr von seiner heutigen Abreise.

„Warum so bald schon?" fragte sie bekümmert.

„Du weißt, ich hatte nur zwei Tage Urlaub, und es ist auch besser, ich gehe."

„So hast du dich doch wieder mit Papa erzürnt?"

„Nein — wir schieden — versöhnt, indessen wäre ein fernerer Zusammenstoß vielleicht nicht zu vermeiden."

(Fortsetzung folgt.)

Laurahütte u. Umgebung

Bekanntmachung. Die Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach dem bisher üblichen Unfug, sich unberechtigter Weise mit Abzeichen zu schmücken, die unter dem Schutze des Gesetzes stehen, ein Ende gemacht werden soll. In erster Linie wird hier das „Rote Kreuz" erwähnt. Das Rote Kreuz-Abzeichen dürfen aus dem militärischen Sanitätspersonal nur diejenigen Personen tragen, die tatsächlich aktiv dem Orden vom Roten Kreuz angehören. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Zloty oder Freiheitsstrafen bis zu 6 Wochen geahndet. Schmücke dich also nicht mit fremden Federn.

Entschädigung für verlorene Postsendungen. Auf Grund einer Verfügung des Finanzministeriums werden für in Verlust geratene Postsachen, die bei den Postanstalten gegen Quittung ordnungsmäßig aufgeliefert wurden, folgende Entschädigungssätze auf Antrag gezahlt werden: a) für verlorengegangene Einschreibbriefe und Pakete der fünfzigfache Betrag der durch die Post erhobenen Einschreibegebühr; b) für Wertbriefe und Wertpakete der auf der Sendung deklarierte bezw. tatsächlich entstandene Wertverlust; c) für Wertpapiere, z. B. Aktienanteilscheine, Pfandbriefe usw. die auf der Börse geltenden Werte; d) alle anderen Wertsachen, wie Schuldscheine, Wechsel, Sparkassenbücher, die zur Wiederbeschaffung der verloren gegangenen Sachen erforderlichen Beträge; für gewöhnliche Pakete der wirklich nachgewiesene entstandene Verlust. Derartige Anträge auf Schadenersatz müssen innerhalb 6 Monaten von der Kenntnisnahme des Verlustes bei der Auflieferungspostanstalt vom Absender schriftlich mit genauen Unterlagen der Beweise gestellt werden. Fühlt sich der Geschädigte durch die Entscheidung der Postbehörde benachteiligt, steht ihm der Rechtsweg innerhalb dreier Monate nach Erhalt der postalischen Entscheidung offen.

Die evangelischen Eltern in Deutschland nehmen Stellung zum Reichsschulgesetz. Am Vorabend des Reichstagsbeginns, also am 22. September, hat sich die Führerschaft der evangelischen Eltern, die im Reichselternbund organisiert sind, in Berlin zusammengefunden, um die Stellung der evangelischen Eltern zum Reichsschulgesetz endgültig festzulegen. Es kann in diesem Zusammenhang mitgeteilt werden, daß die Provinzialverbände sich ohne Ausnahme bereits hinter den vorliegenden Entwurf gestellt haben und in ihm eine geeignete Verhandlungsgrundlage sehen. Auch der Evangelische Elternbund für die Provinz Sachsen hat sich in einer Ausschußsitzung für den Reichsschulgesetzentwurf entschieden. Zweck der Verhandlungen in Berlin ist Stellungnahme zu Einzelheiten, außerdem Klärung der Frage der Mitwirkung der Elternschaft in Jugendpflege. Die evangelischen Eltern vertreten den Standpunkt, daß, wenn man heute den Zwanzigjährigen den Stimmzettel in die Hand gibt und ihnen das Recht verleiht, mitverantwortlich zu werden für Staatsentscheidungen wichtiger Art, es nicht mehr als selbstverständlich ist, daß die Eltern das Recht haben, die Schulart ihrer Kinder zu wählen. Tatsächlich ist ja in Preußen durch die Zulassung der weltlichen Sammelklassen das Elternrecht bereits praktisch anerkannt, so daß der Reichsschulgesetzentwurf diese angebahnte Entwicklung nur sichert. Die evangelischen Eltern wollen auch evangelische Lehrer, und es ist eine bekannte Tatsache, daß die evangelische Staatsschule ausgesprochen oder unausgesprochen die Mehrzahl der Landlehrer auf ihrer Seite haben dürfte. — Für wichtig wird gehalten, daß der Schulpolitiker der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Geheimrat Dr. Runkel in den letzten Wochen bei aller Kritik an dem Reichsschulgesetzentwurf immer wieder die Losung ausgegeben hat, daß er eine Basis für weitere Verhandlung darstellt.

Freispruch eines deutschen Redakteurs. In der Zeitungsauflage vom 1. Juni d. J. erschien in der Nr. 85 der „Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung" ein Artikel unter der Bezeichnung „Erneute Ueberfälle in Radzionkau", welcher von der Staatsanwaltschaft beanstandet wurde. In dem fraglichen Artikel wurde ein auf zwei deutsche Lehrer aus Tarnowitz verübter Ueberfall, welcher sich in der Nähe des Bahnhofsgebäudes in Radzionkau ereignete, wiedergegeben. Weiterhin heißt es, daß sich unter den Tätern eine Person in militärischer Uniform befand. Letzthin wurde in dieser Angelegenheit vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Auf der Anklagebank stand der verantwortliche Redakteur des obigen Blattes, Reinhard Mai, welcher um Vernehmung der geladenen Zeugen bat, um den Wahrheitsbeweis zu liefern. Die Zeugen bestätigten den Inhalt des Artikels und führten u. a. aus, daß sich unter den Tätern eine Person in militärischer Uniform befand. Das Gericht sah sich veranlaßt, Redakteur Mai freizusprechen.

=o= **Vom Wochenmarkt am Dienstag.** Am Wochenmarkt am Dienstag konnte man so richtig merken, daß die Leute kein Geld mehr in den Händen hatten. Das Ablaßfest mit seinen Vergnügungsstätten und die Gasthäuser haben das ganze Geld geschluckt. Der Markt war sehr schlecht besucht. Das haben die Händler scheinbar schon vorher geahnt und haben sich erst nicht die Mühe gemacht, den Siemianowitzer Markt mit ihrer Anwesenheit zu beehren, denn überall zeigten sich Lücken in den Reihen der Händler und Händlerinnen. Obgleich die Preise sich nicht geändert haben, wurde doch herzlich wenig gekauft. Man konnte fast die Käufer zählen. Das bewirkte auch, daß verschiedene Händler schon vor der Zeit ihre Sachen zusamenpackten und abzogen. Hoffentlich fällt der Markt am Freitag für beide Teile besser aus!

=o= **Aus dem Gerichtssaal.** Vor dem Schöffengericht in Kattowitz wurde vor einigen Tagen gegen den Pfleger und Diakon der altkatholischen Gemeinde Kattowitz, Kostorz von hier, Hugostraße 19, verhandelt. Wie erinnerlich, berichteten wir auf ausdrücklichen Wunsch und auf Grund der nur von K. gemachten Angaben über den angeblichen Ueberfall K.'s unter dem Titel „Ein mysteriöser Ueberfall auf einen Diakon der altkatholischen Gemeinde". An Hand der Angaben sollte K. von etlichen Männern in seiner Wohnung überfallen worden sein, ihm eine ätzende Flüssigkeit in den Mund gegossen und der Gashahn geöffnet worden sein. Der Beklagte wurde bewußtlos in seinem Bett in der von Gas gefüllten Stube von Hausbewohnern später gefunden. Nach den Zeugenaussagen der Hausbewohner und der Polizei machte die ganze Geschichte auf das Gericht den Eindruck eines fingierten Ueberfalles, der zur Irreführung der Polizei beitrug, auf Grund welcher der K. zu 200 Zloty Geldstrafe, bezw. 20 Tagen Haft verurteilt wurde. K. hat gegen den Entscheid des Gerichts Berufung eingelegt.

Kammerlichtspiele. Wir machen auf die Vorführung des aus dem täglichen Leben herausgerissenen Films „Die Moral der Gasse" noch besonders aufmerksam, der leider nur noch heute das letztemal gezeigt wird. Der Titel des Films, „Moral der Gasse", nennt das Kind mit dem vollen Namen und man kann so richtig die leichtsinnige heutige Jugend in diesem Film studieren und vor allem, wie leicht heutzutage ein wankelmütiges Mädchen das Opfer gegenwärtiger Sittenlosigkeit wird, was dann traurige Folgen und grenzenlosen Schmerz der durch die Schande der leichtlebigen Kinder schwer geprüften Eltern im Gefolge hat. Während bei diesem Film jeder empfindliche Zuschauer in tiefste Traurigkeit versetzt wird, schallen grenzenlose Lachsalven bei dem einzig humorvollen Beiprogramm. — Ab Freitag bis einschl. Montag kommt das Lustspiel „Das süße Mädel" zur Vorführung, worauf wir in unserer Sonntagsnummer näher eingehen werden. Der Besuch dieser Vorführungen, zumal beim nächsten Programm „Das süße Mädel", Gesangseinlagen vorgesehen sind, ist wirklich zu empfehlen.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Freitag, den 23. September 1927:

1. hl. Messe für verst. Valeria und Paul Dombinski.
2. hl. Messe für verst. Josef und Julius D., Karl, Marie und Ottilie Tilletzek.
3. hl. Messe zum hlgst. Herzen Jesu und Mariä auf die Intention Dembinski.

Sonnabend, den 24. September 1927:

1. hl. Messe für verst. Hugo Swierzy.
2. hl. Messe für das Jahrkind Günther Miklis.
3. hl. Messe zur Mutter Gottes von Czenstochau auf eine bestimmte Meinung.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Freitag, den 23. September 1927:

6 Uhr: Für die Wallfahrer vom Czenstochau und für die Angehörigen.

6½ Uhr: Für verst. Cäcilie Lippok.

Sonnabend, den 24. September 1927:

6¼ Uhr: Für das Brautpaar Sigula-Langos.

6 Uhr: Für verst. Emil, Alfred und Adolf Kosyra.

Der „Pissarek-Prozeß" vor Gericht

Hotelier Pissarek freigesprochen. — Insgesamt 4 Jahre Gefängnis für die beiden Mitangeklagten

Am letzten Dienstag wurde in Kattowitz der Spionageprozeß gegen den Hotelier Theodor Pissarek, Kattowitz, sowie die Mitangeklagten Malermeister Bruno Hackauf aus Kattowitz und Bergmann Gustav Große aus Wieszowa, wohnhaft in Beuthen, zu Ende geführt. Ueber diese Spionage-Angelegenheit, welche s. Zt. großes Aufsehen erregte, wäre kurz folgendes zu berichten:

Laut Anklageakt wird Hackauf und Große die Zugehörigkeit zu einem deutschen Kundschaftsbüro zur Last gelegt. Hackauf setzte sich mit einem Zugführer, welcher aushilfsweise seinen Dienst in der P. K. U. (Ergänzungskommando) in Kattowitz versah, ins Einvernehmen und ersuchte diesen, indem er sich angeblich als Mitglied eines deutschen Spionagebüros ausgab, um Herausgabe von Mobilisationsplänen für die Zeitdauer von 6 bis 8 Stunden gegen eine Entschädigung von 20 000 Rentenmark. Diese Geheimdokumente sollten photographiert und alsdann wieder zurückerstattet werden. Zwischen Hackauf, einem gewissen Zimmer und Große, welcher unter dem Pseudonym Klein auftrat, sollen dieserhalb wiederholt verschiedene Verhandlungen gepflogen worden sein.

Entsprechend einer besonderen Vereinbarung erhielt Hackauf die gewünschten Dokumente, welche in einer schwarzen Tasche untergebracht wurden, mit denen er sich in seine Wohnung begab, um das Material durch Große, welcher sich inzwischen in der Wohnung eingefunden hatte und als Spezial-Kurier des deutschen Spionagebüros angesehen wird, zunächst nach Tarnowitz zu schaffen. Kaum daß Hackauf die Akten auf den Tisch gelegt hatte, erschien die benachrichtigte Polizei, welche die Akten beschlagnahmte und die Verhaftung des Hackauf und Große vornahm. Die Genannten befinden sich seit dem April d. Js. in Untersuchungshaft.

Der Hotelier Pissarek wurde tagszuvor verhaftet und zwar auf Grund eines Telephongesprächs, welches zwischen Gleiwitz und Kattowitz stattfand. Zufällig wurde Pissarek an den Apparat gerufen und nach Hackauf befragt. Pissarek, welcher dem ganzen Gespräch keine besondere Bedeutung beilegte, wurde zur Last gelegt, auf Befragen einen polnischen Agenten, welcher sich im Hotel eingefunden hatte und mit dem Sprecher aus Gleiwitz anstatt des Hackauf eine Unterredung führen wollte, dem Aussehen nach genau beschrieben zu haben, so daß angeblich der Gleiwitzer Teilnehmer rechtzeitig gewarnt wurde. Hotelier Pissarek, welcher am 17. Mai aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, verneinte jede Schuld und behauptet, daß es sich nach seiner Ansicht um ein belangloses Gespräch handelte und er durch einen eigenartigen Zufall in diese Spionageaffäre verwickelt wurde.

Der Prozeß gegen die drei Angeklagten wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und zwar unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Dr. Herlinger bei verstärktem Richterkollegium geführt. Nach Anhörung der Zeugen und Entgegennahme der Sachverständigen-Gutachten wurden Malermeister Hackauf und Bergmann Große für schuldig befunden. Hackauf wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Große zu 1 Jahre Gefängnis wegen Spionage verurteilt. In beiden Fällen wurde die Untersuchungshaft angerechnet und Milderungsgründe laut Urteilsbegründung berücksichtigt. Hotelier Pissarek mußte freigesprochen werden und zwar infolge mangelnder Schuldbeweise.

Die Verhandlung, welche vormittags um 9 Uhr begann, wurde gegen 6 Uhr abends zu Ende geführt.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Vom Wojewodschaftsrat

In der Sitzung vom 20. September wurde das Projekt eines Schutzdammes an der Weichsel in der Länge von 3.6 Kilometern genehmigt; für diesen Zweck wurden 152 000 Zloty bereitgestellt. Weiter wurde der Plan einer systematischen Regulierung der Brinica auf einer Strecke von 2 Kilometern genehmigt; dafür wurden 75 000 Zloty aus den diesjährigen Krediten ausgeworfen. Genehmigt wurden das Statut und der Tarif der Fleischhallen in Kattowitz.

Die Lügen der „Polska Zachodnia"

Vom deutschen Generalkonsulat wird uns geschrieben:

Mit Bezug auf einen Artikel der „Polska Zachodnia" (Kattowitz Nr. 153 vom 8. 7. 1927), wonach preußische Polizisten auf die polnische Bevölkerung geschossen hätten, hat der Regierungspräsident von Allenstein folgendes mitgeteilt:

„Die in Wischniewen angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß in Wischniewen und Umgegend von dem anliegend geschilderten Vorfall nicht das geringste bekannt ist. Eine polnisch gesinnte Bevölkerung gibt es in Wischniewen und Umgegend unter den Einheimischen nicht. Es halten sich dort nur etwa 30 polnische Saisonarbeiter auf, die aber weder eine Fahnenweihe noch Umzüge veranstaltet haben. Der Inhalt des Artikels ist sonach erlogen."

Die Lohnerhöhung im Bergbau

In der letzten Sitzung des Schlichtungsausschusses ist endgültig ein Spruch gefällt worden.

Nach dem Spruch tritt ab 16. September ein 8prozentiger Zuschlag auf die bisherigen Löhne. Dasselbe gilt für den Erzbergbau, doch wird hier über die Ausgleichszulage gesondert verhandelt werden.

Die bewilligten 8 Prozent werden durch den Fachausschuß verteilt, ebenso erfolgt durch ihn die Klassifizierung.

Der Spruch gilt bis zum 31. Dezember 1927.

Neuanträge für Verkehrskarten

1. Die Neuanträge auf Verkehrskarten für das Jahr 1928 müssen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember d. J. bei den Ausstellungsbehörden eingereicht werden.

2 Die für das Kalenderjahr 1928 vor dem 1. Januar 1928 ausgestellten Karten können bereits im Jahre 1927 notwendigenfalls benutzt werden.

3. Die Form der Karte (zweiteilig) bleibt dieselbe wie bisher, jedoch mit dem Aufdruck 1928.

4. Für die Ausstellung der Verkehrskarte wird eine Gebühr von 2.— Zloty erhoben.

5. In allen Fällen sind neue Antragsformulare nach dem alten Muster einzureichen. Auf den neuen Anträgen ist zu vermerken, ob und welche Veränderungen inzwischen eingetreten sind, gegebenenfalls sind die erforderlichen Nachweise dem Antrage beizufügen.

Unterrichtskurse in Stenographie, Schreibmaschine und poln. Korrespondenz.

Ab 1. Oktober d. Js. eröffnet der Hauptvorstand der Stellungslosen in Katowice einen dreimonatlichen Kursus in poln. und deutsch. Stenographie, Schreibmaschinen verschiedene Systeme, und poln. Korrespondenz für Anfänger. Meldungen werden beim Hauptvorstand der Selbsthilfe-Vereinigung für die Wojewodschaft Schlesien in Katowice, ul. 3-go Maja 19, 2. Etg., nur bis zum 5. Oktober entgegengenommen. Das Honorar beträgt monatlich 30 Zloty. Näheres zu erfragen — persönlich im Büro des Hauptvorstandes in den Nachmittagsdienststunden von 2—4 Uhr; Anforderungen von Prospekten sind inklusiv Porto 50 Groschen in Briefmarken, — schriftlichen Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Der „Oberschlesische Kurier" beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des „Oberschlesischen Kurier" wurde wegen der Stellungnahme zu der neuerlichen Vertagung des Warschauer Sejm beschlagnahmt. Die Polizei beschlagnahmte auch die ausliegenden Zeitungen in den Lokalen.

Kattowitz und Umgebung.

Deutsches Theater Kattowitz

Am Freitag, den 23. d. Mts., abends ½8 Uhr, veranstaltet die Deutsche Theatergemeinde einen Abend, der ausschließlich der Musik „Alter Meister" gewidmet ist. Hierzu ist keine Geringere gewonnen worden, als Alice Ehlers, die führende klassische Cembalistin der heutigen Musikwelt. Die in der internationalen Musikwelt überaus gefeierte Künstlerin wird auf dem Cembalo Konzerte von Bach und Vivaldi, die Händelschen Grobschmied-Variationen sowie Werke von Rameau und Scarlatti zu Gehör bringen. Paul Hermann, einer der besten Cellisten der jüngeren Generation, wird Cellokonzerte von Vivaldi und Eccles unter Begleitung des Cembalos vortragen. Hierzu kommen Gesänge von Bach, Mozart und Couperin, für die Adelheid Armhold, ein neuer Stern gewonnen wurde. Der Vorverkauf für diesen Abend hat bereits an der Theaterkasse begonnen. — Telephon Nr. 1647. — Für den Abend werden auch Schülerkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben.

Cembalo-Konzert („Musik alter Meister") im Stadttheater Kattowitz am Freitag, den 23. d. Mts., abends ½8 Uhr. Ueber die außergewöhnliche Bedeutung eines Cembalo-Konzertes in dem Musikbetriebe unserer Zeit dürfte man sich in den musikliebenden Kreisen kaum recht klar sein. Das Cembalo ist eben für uns nichts weiter als eine Art musikalischer Rarität, die mit der Klangfülle etwa eines modernen Flügels in keiner Weise wetteifern kann. Diese Ansicht ist leicht dadurch zu erklären, daß selbst in größeren Musikstädten nur selten Gelegenheit geboten ist, dieses Instrument zu hören, das in Klang und Bauart den Vorläufer unserer heutigen Flügel und Klaviere darstellt. In Wirklichkeit vermag es eine ganz besondere Art von Kunstgenuß zu vermitteln. Es ist allein imstande, den wundervollen eigenartigen Klangreiz jener Werke stilecht wiederzugeben, welche unserer heutigen Klaviermusik vorangegangen sind. Die Zeit Bachs und Händels, die Grazie der Italiener Scarlatti, Paisiello, aber auch Glucks und Mozarts klingt wieder auf in Werken, die sonst im Konzertsaal nicht mehr gehört werden. Fast könnte man von einer Kunst vergangener, besserer Zeiten sprechen. Sie ist keineswegs etwas, was nur den musikalischen Forscher zu interessieren vermag, im Gegenteil, ihre quellfrische Lebendigkeit spricht auch heute noch ganz lebendig zu uns. Hier kann guten Gewissens, ohne jede falsche Reklamemache, gesagt werden, daß sich jeder, der aus der Musik Freude zu schöpfen vermag, um ein wertvolles Erlebnis bringt, wenn er diesen Abend versäumt. Es gibt wenige Meister des Instrumentes und von diesen wenigen steht Alice Ehlers für die gesamte internationale Musikwelt in erster Reihe. Welche Bedeutung man gerade in heutiger Zeit der „Musik alter Meister" entgegenbringt, beweist der Umstand, daß sich in fast allen europäischen Ländern Vereine der „Freunde alter Musik"

begründen, so in Berlin, in Paris, in Mailand, in Moskau und anderen Musikzentren. Für alle diese Städte und Vereinigungen gilt Frau Alice Ehlers als die führende klassische Meisterin unserer Zeit. Dazu wird der vortreffliche junge Cellist Paul Hermann Konzerte von Vivaldi und Eccles mit Cembalobegleitung vortragen und ferner eine Sängerin von Ruf, Gesänge von Händel, Gluck, Paradies, Telemann, Mozart mit Cembalo- und Cellobegleitung beisteuern. Die Presse feiert Alice Ehlers in begeisterter Weise. So sagt z. B. ein führendes Berliner Blatt: „Erst das Solo-Spiel der wunderbaren Alice Ehlers zeigt, wie man musikalisch denken, fühlen und spielen soll. Das ist nicht lehrbar, das muß empfunden sein. Die Ehlers hat den Stil für die alten Meister, wie niemand neben ihr. Das Publikum sollte diesen einzigartigen Abend recht zahlreich besuchen." — Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse Rathausstraße von 10—2 Uhr vorm.

Von der Preisprüfungskommission in Kattowitz. Nachstehende Preisänderungen für Laden- und Marktartikel sind auf der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission in Kattowitz getroffen worden: Auszugsmehl pro Pfund von 55 auf 54, ausgewähltes Weizenmehl, glatt, von 53 auf 52, 60prozentiges Weizenmehl von 48 auf 47, eingeführte Zwiebeln von 30 auf 25, Mohrrüben gebündelt von 12 auf 10, Landeier pro Stück von 18 auf 19, ausgewählte große Landeier von 19 auf 20, Stroh gebunden zu 20 Pfund von 90 auf 70, Heu zu 10 Pfund von 70 auf 60, Klee zu 10 Pfund von 90 auf 80, Raigras von 90 auf 70, Häcksel zu 50 Kilo von 600 auf 500 Groschen. Der Höchstpreis für Kalbfleisch 1. und 2. Sorte im Laden sowohl als am Markte ist im Vergleich zur Vorwoche um je 10 Groschen erhöht worden. Die obigen Preise gelten ab Mittwoch, den 21. d. Mts. Eine Nichtbefolgung wird streng bestraft.

Vom Arbeitsmarkt. In der Berichtswoche vom 8.—14. September d. Js. umfaßte die Erwerbslosenziffer im Landkreis Kattowitz insgesamt 9889 Beschäftigungslose und zwar: Grubenarbeiter 3887, Hüttenarbeiter 874, Metallarbeiter 637, Bauarbeiter 84, nichtqualifizierte Arbeiter 3521, qualifizierte Arbeiter 388, Kopfarbeiter 456, Glasarbeiter 2 sowie Landarbeiter 40. Der Zugang betrug 177 Erwerbslose, während ein Gesamtabgang von 1126 Personen zu verzeichnen war. Von dieser Zahl sind etwa 1000 Arbeitslose aus der Evidenz gestrichen worden. Eine Unterstützung erhielten in der fraglichen Berichtswoche 7093 Erwerbslose. Durch das obige Amt wurde überdies an 526 Arbeitslose eine einmalige Beihilfe in Form einer Unterstützung gewährt.

Ein Polizeibeamter auf der Anklagebank. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde am gestrigen Mittwoch vor der 3. Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz gegen den Polizeibeamten Jan Dukq aus Tichau verhandelt. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Miczke. Als Anklagevertreter fungierte Staatsanwalt Mielerowicz. Aus der Urteilsbegründung war folgendes zu entnehmen: Am 24. Februar d. Js. wurde die etwa 46 Jahre alte Ehefrau Agnes L. wegen verschiedener Uebertretungen ins Polizeigefängnis Tichau eingeliefert, woselbst diese nach der Vernehmung die Nacht verblieb. In den Abendstunden zwischen 11 bis 12 Uhr erschien der beschuldigte Polizeibeamte in der Zelle um angeblich mit der Strafgefangenen zu verhandeln. In Wirklichkeit belästigte D. die Frau in nicht mißzuverstehender Weise. Der Polizeibeamte bekannte sich vor Gericht nicht zur Schuld, gab vielmehr an, daß es sich bei der Anzeige um einen Racheakt handelte, da er mehrfach gegen die Frau dienstlich auftreten mußte. Nach der gerichtlichen Beweisaufnahme wurde D. für schuldig befunden und nach Berücksichtigung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von ½ Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis.

Ein Jahr Zuchthaus für einen Taschendieb. Am 20. Januar d. Js. stahl der etwa 20 Jahre alte Arbeitslose Gustav S. aus Zawodzie dem Dienstmädchen Julie N. auf der ulica Dworcowa in der Nähe des Bahnhofes in Kattowitz einen Geldbetrag in Höhe von 11,78 Zloty, nachdem er ihr das Handtäschchen aus der Hand riß. Passanten nahmen sofort die Verfolgung nach dem flüchtenden Spitzbuben auf. S. wurde gestellt und einem Polizeibeamten übergeben. Bei seiner Vernehmung gab der Arrestant einen fingierten Namen an. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde in dieser Angelegenheit am gestrigen Mittwoch verhandelt. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und wegen Rückfalldiebstahl zu einem Jahr Zuchthaus sowie wegen Angabe eines falschen Namens zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Schwerbestrafter Gänseliebhaber. In der Nacht vom 23. zum 24. November v. Js. brach der Arbeiter Josef S. in die Stallungen des Hausbesitzers Vinzent Bamasik in Michalkowitz ein und stahl dortselbst 6 Gänse. Unterwegs wurde der Dieb von einem Polizeibeamten gestellt. S. versuchte der Festnahme durch Flucht zu entgehen, was ihm jedoch mißlang. Gegen den Spitzbuben wurde Anzeige erstattet. Nach der gerichtlichen Beweisaufnahme wurde S. für schuldig befunden und wegen Rückfalldiebstahl zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Mit Schwefelsäure vergiftet. Das 22 Jahre alte Dienstmädchen Maria Pepon, welche sich bei einer Frau Wawzyl in Stellung befand, trank am 18. September in selbstmörderischer Absicht Schwefelsäure. Obwohl ihr kurz danach ärztliche Hilfe zuteil wurde und ihre Ueberführung in das städtische Krankenhaus erfolgte, starb sie doch nach wenigen Stunden eines qualvollen Todes. Die Ursache, welche das junge Mädchen in den Freitod trieb, konnte nicht ermittelt werden.

Ein Kommunistenprozeß. Am letzten Dienstag hatte sich der Grubenarbeiter Anton Mrzyk aus Zalenzerhalde, angeklagt wegen kommunistischer Umtriebe, vor der 2. Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz zu verantworten. Den Vorsitz führte bei verstärktem Tribunal Gerichtsdirektor Zdankiewicz. Als Anklagevertreter fungierte Staatsanwalt Mielerowitz. Aus der Gerichtsverhandlung war folgendes zu entnehmen: Gelegentlich einer in Zalenzerhalde stattgefundenen Arbeitslosenversammlung sprach sich der Angeklagte über die schlechte Lage der Arbeitslosen aus, wobei er zum Ausdruck brachte, daß die Zentralregierung für Spitzeldienste usw. Unsummen verausgebe, während die Arbeitslosen leer ausgehen müssen. Weiterhin wurde ein vom Angeklagten entsandter Brief, in welchem der Empfang von mehreren kommunistischen Abzeichen, welche zur Verteilung gelangen sollten, beschlagnahmt. Vor Gericht bestritt der Angeklagte eine Schuld. Nach der gerichtlichen Beweisaufnahme wurde M. für schuldig befunden und wegen kommunistischer Umtriebe zu einem halben Jahr Festung verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren. Gegen dieses Urteil will der Angeklagte Revision einlegen.

Königshütte und Umgebung.

Vorbereitungen. Die Einweihung des neu errichteten Stadions im Parkgelände des Redenberges soll am kommenden Sonntag in Gegenwart des polnischen Staatspräsidenten erfolgen. Die Vorbereitungen für den Empfang des Besuches sind in vollem Gange. Das Stadion selbst ist in seinen Hauptteilen fertiggestellt. Von weitem schon leuchtet einem die dunkel getünchte Tribüne entgegen mit der Aufschrift: „Stadjon" — „Prawa strona" — „Lewa strona". Auch die Drahtumzäunung rings um den Redenpark ist bis auf Kleinigkeiten fertiggestellt. Die Eingänge weisen schmucke Kassenhäuschen auf, so daß die ganze, einzigartige Anlage in Polen einen großstädtischen Eindruck macht. Weiter ist die Landstraße Kattowitz—Redenberg in Königshütte ausgebessert worden. Zwar sind die Ausbesserungsarbeiten nicht durchgreifender Natur gewesen. Man hat die außerordentlich zahlreiche Löcher aufweisende Landstraße nur in der obersten Schicht aufgerissen und dann eine leichte Packlage eingewalzt. Gegenwärtig ist man mit der Sandüberschüttung und der Regulierung des Abflusses längs den Schienen der Kleinbahn beschäftigt. Das Denkmal an der Post, das dem Andenken der gefallenen Aufständischen gewidmet ist, ist ebenfalls fertiggestellt. Die Standfigur ist aber gegenwärtig in ein grünes Tuch eingehüllt, aus dem nur das Schwert herausragt. Auch dieses Denkmal wird in Gegenwart des Staatspräsidenten am nächsten Sonntag enthüllt werden. Der Platz um das Denkmal erhält Pflaster aus Sandstein. Diese Pflasterungsarbeiten dürften im Laufe der kommenden Woche beendet sein.

Feuer bei Stubbe. In den letzten Tagen brannte ein Holzschuppen der Glasfabrik Stubbe auf der Tempelstraße vollständig nieder. Unachtsames Umgehen mit Feuer soll die Ursache sein.

Der gestohlene Sandschneider. Der Frau Marie St. aus Königshütte wurde am 19. September in Schwientochlowitz ein Sandschneider nebst Gaul im Gesamtwerte von 800 Zloty gestohlen. Frau St., die sich auf einer geschäftlichen Tour befand, ließ ihr Gespann vor der Gastwirtschaft Biallas in Schwientochlowitz unbeaufsichtigt stehen, was nicht unbenützt gelassen wurde. Drei Stunden später wurden Pferd und Wagen bei dem Fleischer Kopecki in Friedenshütte vorgefunden und der Besitzerin wieder zugestellt.

Gestohlene Dokumente. Peter Scheffzyk aus Ochojec meldete der Königshütter Polizeidirektion, daß aus einem verschlossenen Behälter, der sich in dem Personenauto 2488 befand, mehrere Dokumente, welche das betreffende Auto ausweisen, gestohlen worden sind, darunter die Steuerkarte und der Konzessionsschein.

Börsenkurse vom 22. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.83 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.50 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.83 Rmk.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 23. September 1927: 16.30—18: Musikalische Gedenkblätter. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.30—19: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 19: Dritter Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 19.05—1940: Abt. Rechtswissenschaft. — 19.50: Heiterer Abend. — 21.30: Blick in die Zeit. — 22.15: Zehn Minuten Esperanto.

Sonnabend, den 24. September 1927: 14.50—15.15: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 16.30—18: Uebertragung aus Gleiwitz: Konzert. — 18: Stunde mit Büchern. — 19—19.30: Hans-Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 19.35—20.05: Abt. Sport. 20.15: „Frühling", Operette in einem Akt. — 21.30—22: Lehar-Walzer. — 22.15—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Deutsch-Oberschlesien

Beuthen. (Prügelszenen im Gericht.) Es ist eine fast tägliche Erscheinung im Strafgerichtsgebäude, daß sich nach Beendigung eines Prozesses die daran Beteiligten noch im Gerichtsgebäude gerade keine Schmeicheleien sagen. Daß es dabei auch zu Tätlichkeiten kommt, zeigten zwei Verhandlungen, die jetzt vor dem Amtsgericht stattfinden. In einem Strafprozeß war eine Zeugin mit der Freisprechung eines Angeklagten, den sie dem Strafrichter überliefert hatte, nicht einverstanden. Kaum hatten die Beteiligten den Sitzungssaal verlassen, als die Zeugin dem Freigesprochenen drohte, ihn doch noch ins Zuchthaus zu bringen. Dafür erhielt sie von letzterem einen Schlag ins Gesicht, der Gegenstand eines neuen Strafverfahrens gegen den Missetäter war. Weil er von der Zeugin gereizt worden war, so kam er mit 15 Mark Geldstrafe davon. — Etwas schlimmer erging es einem Grubenarbeiter, der ebenfalls im Gerichtsgebäude eine Schlägerei verschuldete und aus diesem Grunde wegen Körperverletzung zur Verantwortung gezogen wurde. Die Frau des Angeklagten war in eine Privatklage verwickelt gewesen und der Angeklagte hielt sich während der Hauptverhandlung im Zuhörerraum auf. Durch die Ausführungen, die der Privatkläger in bezug auf die Frau des Angeklagten gemacht hatte, will er beleidigt worden sein. Nach Beendigung des Termins lauerte er den Privatkläger hinter einem Pfeiler im Gerichtsgebäude auf, fiel dann über den Ahnungslosen her und versetzte ihm mehrere Schläge ins Gesicht. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.